



Vom amerikanischen Grenzschutz festgenommene Kinder schlafen in Brownsville, Texas. ERIC GAY / REUTERS



Migranten auf dem Weg nach Norden auf einem mexikanischen Zug im Teilstaat Chiapas. REBECCA BLACKWELL / AP

Wenn Kinder aus Angst zu Migranten werden

Die dramatische Zunahme der Bandengewalt in Zentralamerika treibt immer mehr Minderjährige in die USA

Immer mehr unbegleitete Kinder fliehen aus Zentralamerika in die USA. Sie sind vielfach Opfer krimineller Gewalt. Präsident Obama wird vorgeworfen, er gehe zu wenig entschieden gegen die illegale Immigration vor und seine Politik ziehe Migranten an.

Werner Marti

Die Vereinigten Staaten sehen sich weiterhin mit einer wachsenden Welle von Kindern und Jugendlichen aus Zentralamerika konfrontiert, die versuchen, unbegleitet und illegal die Südgrenze von Mexiko her zu überschreiten. Rund 47 000 solche Kinder — teilweise unter 13 Jahren — sind laut der amerikanischen Regierung im ersten Halbjahr 2014 illegal in die USA eingereist. Für das ganze Jahr rechnen die Behörden mit 60 000 bis 90 000 illegal einwandernden Kindern ohne erwachsene Begleitung. Dies entspricht mehr als der doppelten Zahl von 2013 und rund dem Dreifachen von 2012.

Flucht vor Gewaltspirale

Diese jüngste Migrationswelle von Kindern und Jugendlichen kommt überraschenderweise zu einem Zeitpunkt, da sich die illegale Immigration in die USA zahlenmässig eigentlich auf einem Tiefpunkt befindet. Sowohl der Wirtschaftsabschwung unter den Präsidenten Bush und Obama wie auch die grossen amerikanischen Investitionen in die Sicherung der Grenze zu Mexiko haben diese Migration in die USA gegenüber früheren Jahren deutlich reduziert.

Treibende Kraft im Fall der Kindermigration scheint die dramatisch zunehmende kriminelle Gewalt in den zentralamerikanischen Staaten Honduras, El Salvador und Guatemala zu sein. Die Kriminalitätsraten dieser Länder gehören zu den höchsten weltweit. In Honduras, das, was Gewaltverbrechen angeht, an der Spitze steht, wurden im Jahr 2010 82 Morde pro 100 000 Einwohner gezählt. Seither ist diese Zahl weiter gestiegen. Die dramatische Zunahme der Gewalt an Jugendlichen wird durch eine Zahl aus Guatemala dokumentiert: Die Anzahl der Ermordeten in der Altersgruppe von 13 bis 29 Jahren ist dort allein zwischen 2012 und 2013 um rund 70 Prozent angestiegen.

Schlimmer als im Bürgerkrieg

Die Jugendlichen werden von den unterschiedlichen Jugendbanden terrorisiert. Schon Zehnjährige werden durch sie rekrutiert. Weigern sie sich, einer Bande beizutreten, werden sie von dieser mit dem Tode bedroht. Treten sie bei, ziehen sie Racheakte von anderen rivalisierenden Banden auf sich. Ausserdem müssen sie auch mit brutaler Verfolgung durch die Polizei rechnen, falls diese sie verdächtigt, mit den kriminellen Organisationen zusammenzuarbeiten. Inzwischen übersteigt die Zahl der Zentralamerikaner, die wegen Gewalttaten Asyl suchen, den Vergleichswert aus den achtziger Jahren während der blutigen Bürgerkriege.

Die drei Länder liegen am Drogenkorridor von Kolumbien über Zentralamerika und Mexiko in die USA. Die Kriminalität in den drei Staaten hat nicht zuletzt wegen des Drogenhandels in den letzten Jahren deutlich zugenom-

men. Der traditionell schwache Staat ist dort der enormen finanziellen Macht der Drogenmafia letztlich hoffnungslos unterlegen und ist längst nicht mehr in der Lage, den Bürgern die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Neben der kriminellen Bedrohung entfliehen die Kinder und Jugendlichen auch der verbreiteten Armut und einer allgemein schwierigen wirtschaftlichen Situation. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bietet ihnen kaum Zukunftsperspektiven. Schliesslich kursiert in Zentralamerika auch das Gerücht, wonach Jugendliche, welche die USA erreichen, dort eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. De iure handelt es sich dabei lediglich um eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis, bis ein Richter definitiv über eine Rückschaffung entscheidet. Da das Verfahren aber länger als ein Jahr dauern kann, gibt dies de facto den Migranten die Möglichkeit, in die Illegalität abzutauchen und in den USA ein neues Leben zu beginnen.

Jugendliche, die in die USA emigrieren wollen, können sich in Zentral-



amerika einer Schlepperbande anvertrauen, die sie bis auf amerikanisches Territorium bringt. Laut Medienberichten kostet dies in der Regel zwischen 5000 und 7000 Dollar. Die Reise ist allerdings sehr gefährlich. Häufig werden die Migranten ausgeraubt oder fallen anderen Verbrechen oder Unfällen zum Opfer.

Sind die jungen Migranten einmal in den Vereinigten Staaten angelangt, werden sie in der Regel vom Grenzschutz gefasst. Laut dem amerikanischen Einwanderungsgesetz können zentralamerikanische Kinder aber nicht umgehend in ihr Heimatland zurückgeschafft werden, wie dies bei Jugendlichen aus den Nachbarstaaten Mexiko und Kanada der Fall ist. Die Kinder dürfen vom Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security) bis zu 72 Stunden in Haft gehalten und untersucht werden.

Danach werden sie unter die Vormundschaft der amerikanischen Regierung gestellt. Die zuständigen Beamten sind gehalten, im besten Interesse des jeweiligen Kindes zu handeln. Viele jugendliche Immigranten besitzen Verwandte oder Bekannte in den USA. Nicht selten ist eines der Motive für die Migration auch Familienzusammenführung, etwa wenn Eltern aus wirtschaftlichen Gründen in die Vereinigten Staaten ausgewandert sind und ihre Kinder in Zentralamerika zurückgelassen haben. Jugendliche Immigranten, welche in den USA Bezugspersonen haben, werden in der Regel für die Zeit des oft langwierigen Abschiebungsverfahrens bei diesen untergebracht. Sie erhalten ein Papier, das ihren Aufenthalt bis zu einem definitiven Entscheid über Abschiebung oder Verbleib legalisiert. Es

ist dieses Dokument, das in Zentralamerika häufig mit einer richtigen Aufenthaltsbewilligung verwechselt wird.

Vorwürfe an Obama

Das Drama um die Kinderflüchtlinge aus Zentralamerika hat in den USA inzwischen auch zu einer innenpolitischen Kontroverse Anlass gegeben. Vor allem von republikanischer Seite, aber auch von einigen Demokraten wird Präsident Obama vorgeworfen, dass er gegenüber den illegal Eingewanderten eine zu nachsichtige Politik verfolge und damit die Migration weiter ankurble. Kritisiert wird unter anderem die von Obama 2012 eingeführte Praxis, dass illegal eingewanderte Kinder, die sich seit 2007 im Land aufhalten und gut integriert sind, eine zeitlich befristete Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung erhalten können.

Von Regierungsseite wird dem entgegengehalten, dass die Ursache der stark zunehmenden Kindermigration in die Vereinigten Staaten in erster Linie in den dramatischen Zuständen in Zentralamerika zu suchen sei und nicht in der amerikanischen Immigrationspolitik. Zudem sei es gerade ein Gesetz von George W. Bush aus dem Jahre 2008, das die Repatriierung von unbegleiteten Kindern nach Zentralamerika am meisten erschwere. Zumindest was die Repatriierung illegal Eingewanderten angeht, kann Obama nicht als nachsichtig bezeichnet werden. Seine Regierung hat mehr Migranten zurückgeschickt als diejenige von George W. Bush. Die hohe Zahl von Deportationen hat denn auch unter Immigranten und Menschenrechtsorganisationen zu Protesten geführt.

Obama fordert mehr Geld und eine Gesetzesänderung

win. Washington • Präsident Obama hat den Kongress um fast vier Milliarden Dollar zusätzlicher Mittel gebeten, um den Zustrom unbegleiteter Minderjähriger und von Familien mit Kindern aus Zentralamerika in den Griff zu bekommen. Mit dem Geld sollen vor allem neue Auffanglager gebaut, Überstunden der Grenzschützer bezahlt und die Gerichte verstärkt werden, die über eine Rückschaffung entscheiden. Zudem soll den zentralamerikanischen Ländern El Salvador, Guatemala und Honduras bei der Rückübernahme ihrer Landsleute unter die Arme gegriffen werden.

Obwohl ein Teil des republikanischen Lagers unüberhörbar über die Höhe des Betrags murrte, ist der Handlungsbedarf im Grunde unbestritten. Politisch heikler ist Obamas zweite Forderung: Er will die Befugnis, in Krisensituationen die gesetzlichen Bestimmungen über die Behandlung von minderjährigen Migranten ausser Kraft setzen zu können. Es geht

dabei um ein Gesetz zur Eindämmung des Menschenhandels, das Ende 2008 in Kraft trat. Dieses verleiht Minderjährigen, die nicht aus den angrenzenden Staaten Mexiko und Kanada stammen, besonderen Schutz und erschwert ihre Rückschaffung beträchtlich. Verbände von Immigranten und Menschenrechtsgruppen haben gegen dieses Vorhaben bereits protestiert; vor allem in Obamas eigener Partei, unter den Demokraten, formiert sich energischer Widerstand.

Das Weisse Haus scheint nach langem Zögern eine Kehrtwende zu vollziehen. Die Administration hatte zuvor vor allem die schwierigen Umstände der minderjährigen Migranten in ihren Heimatländern, auf der gefährlichen Reise und an der Grenze betont und von einer menschlichen Krise gesprochen. Nun steht plötzlich die Botschaft im Vordergrund, die meisten der Minderjährigen würden wohl in ihre Heimat zurückgeschickt.

Wie Recherchen der «Los Angeles Times» belegen, weist der Trend der letzten Jahre aber in die entgegengesetzte Richtung. 2008 waren über 8000 minderjährige Migranten gleich an der Grenze abgewiesen oder deportiert worden. 2013 betrug diese Zahl noch knapp 1700. Vor zehn Jahren waren jeweils rund 600 Minderjährige aus Teilstaaten deportiert worden, die nicht an der Grenze liegen. Die Migranten werden jeweils in solche Staaten gebracht, wenn dort Verwandte leben, bei denen sie Unterschlupf finden, bis ihr Gerichtstermin fällig ist. 2013, als die gegenwärtige Migrationswelle bereits begonnen hatte, sank diese Zahl auf ganze 95. Es ist zudem auffällig, dass Informationen über die Zuwanderung von Minderjährigen reichlich vorhanden sind. Wenn es aber um die Frage geht, wie viele von ihnen schliesslich zurückgeschickt werden und wie viele eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, verstiegt der Informationsfluss abrupt.

Mexiko lanciert Massnahmenplan

ann. • Auf die wachsende Welle minderjähriger Migranten aus Zentralamerika hat Mexiko mit dem Massnahmenplan «Sicherer Durchgang» reagiert. Zu dessen Lancierung ist Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto am Dienstag in die mexikanisch-guatemalteckische Grenzregion gereist. Unter Anwesenheit seines guatemalteckischen Amtskollegen Otto Pérez Molina forderte Peña Nieto die Länder Zentralamerikas dazu auf, das regionale Problem gemeinsam anzugehen und miteinander zu kooperieren.

Mexikos Massnahmenplan sieht zum einen den Austausch von Geheimdienstinformationen mit Honduras und El Salvador vor, um gegen kriminelle Schlepperbanden und Menschenhändler vorzugehen. Zum anderen sollen in Zusammenarbeit mit den beiden Nachbarländern Guatemala und Belize die biometrischen Daten von Migranten gesammelt und ausgetauscht werden. Zusätzlich plant das Innenministerium die Lan-

cierung einer regionalen Informationskampagne. Mexikanische und zentralamerikanische Eltern sollen vor den Risiken der Schlepperbanden gewarnt werden, denen sie ihre Kinder anvertrauen und die die Falschinformation verbreiten, die Kinder erhielten in den Vereinigten Staaten eine provisorische Aufenthaltsbewilligung.

Mitte Juni hatte sich Peña Nieto mit dem amerikanischen Präsidenten Obama in einem Telefongespräch darauf geeinigt, eine gemeinsame Strategie für die Bewältigung der Krise auszuarbeiten. So weit ist man aber noch nicht. Stattdessen machen sich die beiden Länder gegenseitig Vorwürfe. Während der amerikanischen Grenzschutz die Untätigkeit Mexikos als Ursache der Flüchtlingskrise sieht, ist man im Land südlich des Rio Grande der Auffassung, dass die fehlende Reform des amerikanischen Einwanderungsrechts die Hauptschuld an dem Missstand hat.